

ZUSCHRIFT
11/544

weitere Veranlassung Rücksprache
STADT HEIMBACH
H

Frau
Landtagspräsidentin
Ingeborg Friebe
Platz des Landtages 1

4000 Düsseldorf 1

5169 Heimbach, den 11. März 1991

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

mit zunehmender Sorge verfolgen wir in der entscheidenden Phase des Gesetzgebungsverfahrens die Diskussion um die Abschaffung des Ausgleichsstocks.

Wir haben in schriftlichen Stellungnahmen und ausführlichen Gesprächen mit Abgeordneten des Landtages und Vertretern des Innenministeriums deutlich gemacht, daß das "Teilentschuldungsmodell", das sicher zu einer Sanierung der Mehrzahl der bisherigen Ausgleichsstockgemeinden führen wird, für die Stadt Heimbach keine tragfähige Lösung darstellt. Angesichts der Ausgabenbelastung, die sich aus der gesetzlichen Aufgabenstellung und den Vorgaben der Landesplanung in den Bereichen Freiraum, Freizeit und Erholung zwingend ergibt, stellt der für Heimbach vorgesehene Entschuldungsbetrag nur einen Bruchteil der tatsächlich notwendigen Hilfe zur Sanierung des Haushalts dar. Diese Einschätzung wird von allen Gesprächspartnern geteilt.

Trotz der unzureichenden Hilfestellung hat sich die Stadt Heimbach die Antwort auf das Angebot des Landes nicht leicht gemacht. Schließlich haben wir jedoch als Ausdruck ehrlichen Bemühens um eine Haushaltskonsolidierung die Erklärung, bis 1993 den Haushaltsausgleich zu erreichen, nicht abgeben können.

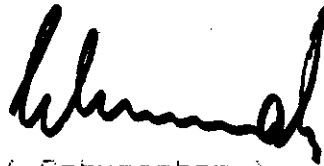
Nach unseren Informationen haben alle übrigen betroffenen Gemeinden die geforderte Erklärung abgegeben. Angesichts der großen Schwierigkeiten und der deutlich bekundeten Bereitschaft der Stadt Heimbach, an einer Haushaltskonsolidierung mitzuwirken, sind wir sehr betroffen über das Schreiben des Innenministers vom 2. März 1991 an die Sie für den Ausschuß für Kommunalpolitik, daß die Gemeinden, die die Schuldentlastungshilfe nicht in Anspruch nehmen, ihren Haushalt bis 1996 ausgleichen müssen. Diese Vorstellung wird, auch wenn sie gesetzlich verankert werden sollte, den tatsächlichen Problemen der Stadt Heimbach nicht gerecht.

Wir appellieren daher an Sie, sich dafür einzusetzen, daß trotz Wegfall des Ausgleichsstocks die Finanzausstattung der Stadt Heimbach so gestaltet wird, daß die Aufgabenerfüllung möglich ist und für eigenverantwortliches Handeln überhaupt ein Spielraum bleibt und die kommunale Selbstverwaltung nicht zu einem Begriff ohne Inhalt verkümmert.

Mit freundlichen Grüßen.



(Pütz)
Bürgermeister



(Schumacher)
Stadtdirektor